

Satzung zur Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen

- gültig ab dem 01.01.2017 -

Der Stadtrat Bad Hönningen hat auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung (GemO) und der §§ 2 Abs. 1, 7, 10 und 10 a des Kommunalabgabengesetzes (KAG) folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

INHALTSÜBERSICHT:

§ 1 Erhebung von Ausbaubeiträgen	2
§ 2 Beitragsfähige Verkehrsanlagen.....	2
§ 3 Ermittlungsgebiete.....	2
§ 4 Gegenstand der Beitragspflicht	3
§ 5 Gemeindeanteil	3
§ 6 Beitragsmaßstab	3
§ 7 Eckgrundstücke und durchlaufende Grundstücke	5
§ 8 Entstehung des Beitragsanspruches	5
§ 9 Vorausleistungen.....	6
§ 10 Ablösung des Ausbaubeitrages	6
§ 11 Beitragsschuldner.....	6
§ 12 Veranlagung und Fälligkeit	6
§ 13 Übergangsregelung.....	7
§ 14 Öffentliche Last	7
§ 15 In-Kraft-Treten.....	8
Anlage 1.....	9
Hinweise.....	10

§ 1 Erhebung von Ausbaubeiträgen

- (1) Die Stadt Bad Hönningen erhebt für Bad Hönningen und Ariendorf wiederkehrende Beiträge für die Herstellung und den Ausbau von Verkehrsanlagen nach den Bestimmungen des KAG und dieser Satzung. Für die Ortsteile Reidenbruch und Girgenrath werden Einmalbeiträge nach einer gesonderten Satzung erhoben.
- (2) Ausbaubeiträge werden für alle Maßnahmen an Verkehrsanlagen, die der Erneuerung, der Erweiterung, dem Umbau oder der Verbesserung dienen, erhoben.
 1. "Erneuerung" ist die Wiederherstellung einer vorhandenen, ganz oder teilweise unbrauchbaren, abgenutzten oder schadhafte Anlage in einem dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügenden Zustand,
 2. "Erweiterung" ist jede flächenmäßige Vergrößerung einer fertiggestellten Anlage oder deren Ergänzung durch weitere Teile,
 3. "Umbau" ist jede nachhaltige technische Veränderung an der Verkehrsanlage,
 4. "Verbesserung" sind alle Maßnahmen zur Hebung der Funktion, der Änderung der Verkehrsbedeutung i.S. der Hervorhebung des Anliegervorteiles sowie der Beschaffenheit und Leistungsfähigkeit einer Anlage.
- (3) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten auch für die Herstellung von Verkehrsanlagen, die nicht nach dem Baugesetzbuch (BauGB) beitragsfähig ist.
- (4) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten nicht, soweit Kostenerstattungsbeträge nach §§ 135 a-c BauGB zu erheben sind.
- (5) Ausbaubeiträge nach dieser Satzung werden nicht erhoben, wenn die Kosten der Beitragserhebung außer Verhältnis zu dem zu erwartenden Beitragsauskommen stehen.

§ 2 Beitragsfähige Verkehrsanlagen

- (1) Beitragsfähig ist der Aufwand für die öffentlichen Straßen, Wege und Plätze sowie selbstständige Parkflächen und Grünanlagen sowie für selbstständige Fuß- und Radwege.
- (2) Nicht beitragsfähig ist der Aufwand für Brückenbauwerke, Tunnels und Unterführungen mit den dazugehörigen Rampen, mit Ausnahme des Aufwands für Fahrbahndecke und Fußwegbelags.

§ 3 Ermittlungsgebiete

- (1) Sämtliche zum Anbau bestimmte Verkehrsanlagen des folgenden Gebietes bilden jeweils eine einheitliche öffentliche Einrichtung:
 1. Abrechnungseinheit I: „Bad Hönningen-Stadtkern“
Gebiet zwischen Rhein und Bundesstraße 42
 2. Abrechnungseinheit II: „Bad Hönningen-Ariendorf“
Gebiet des Stadtteils Ariendorf zzgl. des Gebietes vom Stadtteil Ariendorf bis hin zur Bundesstraße 42
 3. Abrechnungseinheit III: „Bad Hönningen-Ölsberg“
Gebiet, das nicht in Abrechnungseinheit I oder II fällt, also das

Gebiet östlich der Bundesstraße 42, jedoch nicht die Ortsteile
Reidenbruch und Girgenrath

Die weitergehende Begründung der Abrechnungseinheiten ist der Satzung als Anlage 1 beige-fügt.

- (2) Der beitragsfähige Aufwand wird für die eine Abrechnungseinheit bildenden Verkehrsanlagen nach den jährlichen Investitionsaufwendungen in der Abrechnungseinheit nach Abs. 1 ermittelt.

§ 4

Gegenstand der Beitragspflicht

Der Beitragspflicht unterliegen alle baulich, gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise nutzbaren Grundstücke, die die rechtliche und tatsächliche Möglichkeit einer Zufahrt oder eines Zugangs zu einer in der Abrechnungseinheit gelegenen Verkehrsanlage haben.

§ 5

Gemeindeanteil

Der Gemeindeanteil beträgt

- | | |
|---|--------|
| 1. in Abrechnungseinheit I „Bad Hönningen-Stadtkern“ | = 35 % |
| 2. in Abrechnungseinheit II „Bad Hönningen-Ariendorf“ | = 30 % |
| 3. in Abrechnungseinheit III „Bad Hönningen-Ölsberg“ | = 30 % |

§ 6

Beitragsmaßstab

- (1) Maßstab ist die Grundstücksfläche mit Zuschlägen für Vollgeschosse. Der Zuschlag je Vollgeschoss beträgt 20 v. H..
- (2) Als Grundstücksfläche nach Abs. 1 gilt:
1. In beplanten Gebieten die überplante Grundstücksfläche. Ist das Grundstück nur teilweise überplant und ist der unbeplante Grundstücksteil dem Innenbereich nach § 34 BauGB zuzuordnen, gilt als Grundstücksfläche die Fläche des Buchgrundstücks; Nr. 2 ist ggf. entsprechend anzuwenden.
 2. Hat der Bebauungsplan den Verfahrensstand des § 33 BauGB erreicht, ist dieser maßgebend. Nr. 1 Satz 2 gilt entsprechend. Liegen Grundstücke innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB), sind zu berücksichtigen:
 - a) bei Grundstücken, die an eine Verkehrsanlage angrenzen, die Fläche von dieser bis zu einer Tiefe von 40 m.
 - b) bei Grundstücken, die nicht an eine Verkehrsanlage angrenzen, mit dieser aber durch einen eigenen Weg oder durch einen Zugang verbunden sind (Hinterliegergrundstück), die Fläche von der zu der Verkehrsanlage hin liegenden Grundstücksseite bis zu einer Tiefe von 40 m.
 - c) Grundstücksteile, die ausschließlich eine wegemäßige Verbindung darstellen, bleiben bei der Bestimmung der Grundstückstiefe nach a) und b) unberücksichtigt.

- d) Sind die jenseits der nach a) und b) angeordneten Tiefenbegrenzungslinie liegenden Grundstücksteile aufgrund der Umgebungsbebauung baulich oder in ähnlicher Weise selbständig nutzbar (Hinterbebauung in zweiter Baureihe), wird die Fläche bis zu einer Tiefe von 80 m zugrunde gelegt.

Sind die hinteren Grundstücksteile nicht in diesem Sinne selbständig nutzbar und geht die tatsächliche bauliche, gewerbliche, industrielle oder ähnliche Nutzung der innerhalb der Tiefenbegrenzung liegenden Grundstücksteile über die tiefenmäßige Begrenzung nach a) und b) hinaus, so verschiebt sich die Tiefenbegrenzungslinie zur hinteren Grenze der tatsächlichen Nutzung.

Wird ein Grundstück jenseits der in Satz 1 angeordneten erhöhten Tiefenbegrenzungslinie tatsächlich baulich, gewerblich, industriell oder ähnlich genutzt, so verschiebt sich die Tiefenbegrenzungslinie zur hinteren Grenze der tatsächlichen Nutzung.

3. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan die Nutzung als Sportplatz, Freibad, Festplatz, Campingplatz oder Friedhof festgesetzt ist, die Fläche des im Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegenden Grundstückes oder Grundstücksteiles vervielfacht mit 0,5. Bei Grundstücken, die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) tatsächlich so genutzt werden, die Fläche des Grundstückes – gegebenenfalls unter Berücksichtigung der nach Nr. 2 angeordneten Tiefenbegrenzung – vervielfacht mit 0,5.

(3) Für die Zahl der Vollgeschosse nach Abs. 1 gilt:

1. Für beplante Grundstücke wird die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse zugrundegelegt.
2. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan nicht die Zahl der Vollgeschosse, sondern eine Baumassenzahl festgesetzt ist, gilt die durch 3,0 geteilte höchstzulässige Baumassenzahl. Ist auch eine Baumassenzahl nicht festgesetzt, dafür aber die Höhe der baulichen Anlagen in Form der Trauf- oder Firsthöhe, so gilt die durch 3,0 geteilte höchstzulässige Trauf- oder Firsthöhe. Sind beide Höhen festgesetzt, so gilt die höchstzulässige Traufhöhe. Soweit der Bebauungsplan keine Festsetzungen trifft, gilt als Traufhöhe der Schnittpunkt der Außenseite der Dachhaut mit der seitlichen Außenwand. Die Höhe ist in der Gebäudemitte zu messen. Bruchzahlen werden auf volle Zahlen auf- oder abgerundet.
3. Hat ein Bebauungsplan den Verfahrensstand des § 33 BauGB erreicht, gelten Nr. 1 und 2 entsprechend.
4. Soweit kein Bebauungsplan besteht, gilt
 - a) die Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse; ist ein Grundstück bereits bebaut und ist die dabei tatsächlich verwirklichte Vollgeschossezahl höher als die in der näheren Umgebung, so ist die tatsächlich verwirklichte Vollgeschossezahl zugrunde zu legen.
 - b) bei Grundstücken, die mit einer Kirche bebaut sind, die Zahl von zwei Vollgeschossen. Dies gilt für Türme, die nicht Wohnzwecken, gewerblichen oder industriellen Zwecken oder einer freiberuflichen Nutzung dienen, entsprechend.
5. Ist nach den Nummern 1 – 4 eine Vollgeschossezahl nicht feststellbar, so ist die tatsächlich vorhandene Traufhöhe geteilt durch 3,0 anzusetzen, wobei Bruchzahlen auf ganze Zahlen auf- und abzurunden sind. Als Traufhöhe gilt der Schnittpunkt der Außenseite der Dachhaut mit der seitlichen Außenwand. Die Höhe ist in der Gebäudemitte zu messen.
6. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan eine sonstige Nutzung festgesetzt ist oder die außerhalb von Bebauungsplangebieten tatsächlich so genutzt werden (z.B. Sport-, Fest-

und Campingplätze, Freibäder, Friedhöfe), wird bei vorhandener Bebauung die tatsächliche Zahl der Vollgeschosse angesetzt, in jedem Fall mindestens jedoch ein Vollgeschoss.

7. Bei Grundstücken, auf denen nur Garagen oder Stellplätze errichtet werden dürfen, gilt die festgesetzte Zahl der Geschosse oder, soweit keine Festsetzung erfolgt ist, die tatsächliche Zahl der Garagen- oder Stellplatzgeschosse, mindestens jedoch ein Vollgeschoss.
 8. Bei Grundstücken, die im Geltungsbereich von Satzungen nach § 34 Abs. 4 BauGB liegen, werden zur Ermittlung der Beitragsflächen die Vorschriften entsprechend angewandt, wie sie bestehen für
 - a) Grundstücke in Bebauungsplangebieten, wenn in der Satzung Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß getroffen sind,
 - b) unbeplanten Grundstücke, wenn die Satzung keine Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß enthält.
 9. Die Zahl der tatsächlich vorhandenen oder sich durch Umrechnung ergebenden Vollgeschosse gilt, wenn sie höher ist als die Zahl der Vollgeschosse nach den vorstehenden Regelungen.
 10. Sind auf einem Grundstück mehrere Gebäude mit unterschiedlicher Zahl von Vollgeschossen zulässig oder vorhanden, gilt die bei der überwiegenden Baumasse vorhandene Zahl.
- (4) Für Grundstücke in Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten wird die nach den vorstehenden Regelungen ermittelte und gewichtete Grundstücksfläche um 20 v.H. erhöht. Dies gilt entsprechend für ausschließlich gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise genutzte Grundstücke in sonstigen Baugebieten.

In sonstigen Baugebieten erhöht sich die nach den vorstehenden Regelungen ermittelte und gewichtete Grundstücksfläche um 10 v.H. bei teilweise gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise genutzten Grundstücken (gemischt genutzte Grundstücke).

- (5) Abs. 4 gilt nicht für die Abrechnung selbstständiger Grünanlagen.

§ 7

Eckgrundstücke und durchlaufende Grundstücke

- (1) Grundstücke, die sowohl von einer nach § 13 dieser Satzung verschonten Verkehrsanlage erschlossen sind, als auch von einer oder mehreren weiteren Verkehrsanlage(n) der Abrechnungseinheit erschlossen sind, werden nur mit 50 % ihrer gewichteten Grundstücksfläche angesetzt.
- (2) Kommt für eine oder mehrere der Verkehrsanlagen nach Abs. 1 die Tiefenbegrenzung nach § 6 Abs. 2 dieser Satzung zur Anwendung, gilt die Regelung des Abs. 1 nur für die sich überschneidenden Grundstücksteile.

§ 8

Entstehung des Beitragsanspruches

Der Beitragsanspruch entsteht mit Ablauf des 31. Dezember für das abgelaufene Jahr.

§ 9 Vorausleistungen

- (1) Ab Beginn des Erhebungszeitraumes können von der Stadt Bad Hönningen Vorausleistungen auf wiederkehrende Beiträge erhoben werden.
- (2) Die Vorausleistungen werden nach der voraussichtlichen Beitragshöhe für das laufende Jahr bemessen.

§ 10 Ablösung des Ausbaubeitrages

Die Ablösung wiederkehrender Beiträge kann jederzeit für einen Zeitraum von bis zu 10 Jahren vereinbart werden. Der Ablösung wird unter Berücksichtigung der zu erwartenden Kostenentwicklung die abgezinste voraussichtliche Beitragsschuld zugrunde gelegt.

§ 11 Beitragsschuldner

- (1) Beitragsschuldner ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer oder dinglich Nutzungsberechtigter des Grundstückes ist.
- (2) Mehrere Beitragsschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 12 Veranlagung und Fälligkeit

- (1) Die wiederkehrenden Beiträge und die Vorausleistungen darauf werden durch schriftlichen Bescheid festgesetzt und sind drei Monate nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.
- (2) Der Beitragsbescheid enthält:
 1. die Bezeichnung des Beitrages,
 2. den Namen des Beitragsschuldners,
 3. die Bezeichnung des Grundstückes,
 4. den zu zahlenden Betrag,
 5. die Berechnung des zu zahlenden Betrages unter Mitteilung der beitragsfähigen Kosten, des Gemeindeanteils und der Berechnungsgrundlagen nach dieser Satzung,
 6. die Festsetzung des Fälligkeitstermins,
 7. die Eröffnung, dass der Beitrag als öffentliche Last auf dem Grundstück ruht, und
 8. eine Rechtsbehelfsbelehrung.
- (3) Die Grundlagen für die Festsetzung wiederkehrender Beiträge können durch besonderen Bescheid (Feststellungsbescheid) festgestellt werden.

§ 13
Übergangsregelung
(Verschonungsregelung)

- (1) Gemäß § 10a Abs. 5 KAG wird abweichend von § 10a Abs. 1 Satz 2 KAG festgelegt, dass Grundstücke, die in der Vergangenheit Einmalbeiträge für einen Ausbau oder aber Sanierungsausgleichsbeiträge gezahlt haben, wie folgt verschont werden:

<u>Einmalbeiträge</u> (gewichtete Fläche)		<u>Sanierungsbeiträge</u> (tatsächliche Fläche)	
Beitrag/ m ²	Verschonung Jahre	Beitrag/ m ²	Verschonung Jahre
0,01 - 2,00 €/ m ²	2	0,01 - 2,80 €/ m ²	2
2,01 - 4,00 €/ m ²	4	2,81 - 5,60 €/ m ²	4
4,01 - 6,00 €/ m ²	6	5,61 - 8,40 €/ m ²	6
6,01 - 8,00 €/ m ²	8	8,41 - 11,20 €/ m ²	8
8,01 - 10,00 €/ m ²	10	11,21 - 14,00 €/ m ²	10
10,00 - 12,00 €/ m ²	12	14,01 - 16,80 €/ m ²	12
12,01 - 14,00 €/ m ²	14	16,81 - 19,60 €/ m ²	14
14,01 - 16,00 €/ m ²	16	19,61 - 22,40 €/ m ²	16
16,01 - 18,00 €/ m ²	18	22,41 - 25,20 €/ m ²	18
ab 18,01 €/ m ²	20	ab 25,21 €/ m ²	20

- (2) Eine generelle Verschonung von 20 Jahren gilt für
- Grundstücke, die Erschließungsbeiträge nach dem BauGB geleistet haben
 - Grundstücke, die Kosten der erstmaligen Herstellung aufgrund von Verträgen (Erschließungsverträge) geleistet haben.
- (3) Die Schonfrist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem der Einmalbeitrag/ Sanierungsbeitrag festgesetzt wurde.
Erfolgt die Erschließung von Grundstücken im Rahmen eines öffentlich- rechtlichen Vertrages, beginnt die Schonfrist mit dem Zeitpunkt, an dem die Prüfung der vertraglichen Leistungen erfolgt ist.

§ 14
Öffentliche Last

Der wiederkehrende Straßenausbaubeitrag liegt als öffentliche Last auf dem Grundstück.

**§ 15
In-Kraft-Treten**

(1) Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2017 in Kraft.

Ausgefertigt:

53557 Bad Hönningen, den 7.12.18

Stadt Bad Hönningen





Guido Job
Stadtbürgermeister Bad Hönningen

Anlage 1

Begründung zur Aufteilung des Stadtgebietes gem. § 10 a Abs. 1 KAG

Der Stadtrat der Stadt Bad Hönningen hat unter Berücksichtigung der vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten verfassungsrechtlichen Anforderungen und unter Berücksichtigung des Urteils des OVG Koblenz vom 09.07.2018 (AZ: 6 C 11654/17.OVG) in seiner Sitzung am 05.12.2018 beschlossen, folgende Abrechnungseinheiten zu bilden:

1. Abrechnungseinheit I: „Bad Hönningen-Stadtkern“
Gebiet zwischen Rhein und Bundesstraße 42
2. Abrechnungseinheit II: „Bad Hönningen-Ariendorf“
Gebiet des Stadtteils Ariendorf zzgl. des Gebietes vom Stadtteil Ariendorf bis hin zur Bundesstraße 42
3. Abrechnungseinheit III: „Bad Hönningen-Ölsberg“
Gebiet, das nicht in Abrechnungseinheit I oder II fällt, also das Gebiet östlich der Bundesstraße 42, jedoch nicht die Ortsteile Reidenbruch und Girgenrath

Abrechnungseinheit I:

Innerhalb dieser Einheit besteht ein das Gebiet verbindender beidseitiger Fahrzeug- und Fußgängerverkehr. Es sind Einrichtungen zur Versorgung mit alltäglichen Gütern und Dienstleistungen beidseitig der durch die Einheit laufenden Bahnlinie angesiedelt, sodass hierdurch keine entscheidende Zäsur stattfindet.

Die Abrechnungseinheit wird von den anderen u. g. Abrechnungseinheiten durch die B 42 abgetrennt. Es findet kein verbindender beidseitiger Fahrzeug- und Fußgängerverkehr in entsprechendem Maße statt, sodass die B 42 eine Zäsur darstellt.

Abrechnungseinheit II:

Die Ortsteile Bad Hönningen und Ariendorf werden durch eine unbebaubare Grünfläche unter und neben der Brücke, über die die B 42 an dieser Stelle der Kolpingstraße geführt wird, voneinander getrennt. Dies stellt eine topographische Zäsur dar. Eine dieser Zäsur widersprechende, die Ortsteile verbindende typische tatsächliche Nutzung durch Fahrzeug- sowie Fußgängerverkehr in beiden Richtungen in ausschlaggebendem Maße besteht nicht.

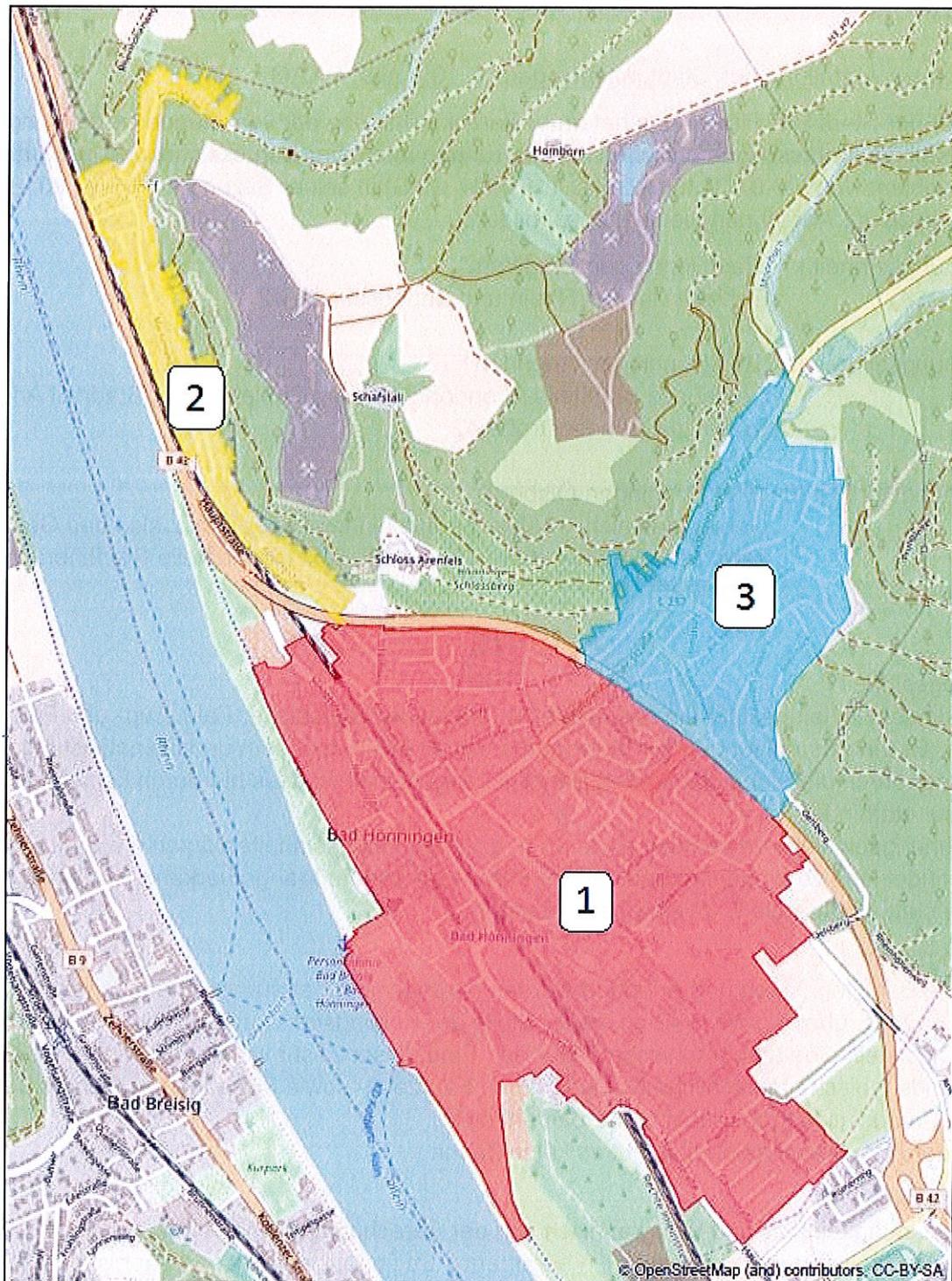
Innerhalb der Abrechnungseinheit II gibt es keine Zäsur.

Abrechnungseinheit III:

Diese Abrechnungseinheit wird topographisch von der Abrechnungseinheit I durch die B 42, von der Abrechnungseinheit II durch Außenbereich abgetrennt. Es findet kein der topographischen Zäsur widersprechender, die Einheiten verbindender beidseitiger Fahrzeug- und Fußgängerverkehr statt, sodass die genannten topographischen Zäsuren ausschlaggebend sind.

Innerhalb dieser Einheit gibt es keine weitere Zäsur.

Die Aufteilung der Abrechnungseinheiten ist auch aus folgendem Lageplan ersichtlich:



Aufgrund der räumlichen Entfernung zu der übrigen Stadt Bad Hönningen beschließt der Stadtrat in den Ortsteilen Girgenrath und Reidenbruch weiterhin die gesonderte Satzung über die erstmalige Herstellung von Erschließungsanlagen anzuwenden.

Hinweis:

Gem. § 24 Abs. 6 der Gemeindeordnung Rheinland- Pfalz (GemO) gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung oder aufgrund der Gemeindeordnung zustande gekommen sind, ein Jahr nach Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

oder

2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Verbandsgemeindeverwaltung Bad Hönningen, Marktstraße 1, 53557 Bad Hönningen unter der Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach § 24 Abs. 6 Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Bad Hönningen, den 10.12.18
Verbandsgemeinde Bad Hönningen

Bad Hönningen, den 7.12.18
Stadt Bad Hönningen




Reiner W. Schmitz
- Beauftragter der VG Bad Hönningen -




Guido Job
- Stadtbürgermeister -

